

# Südostfische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage.  
Bezugspreis: Vierteljährl. 1 M. 50 Pf. (ohne Bestellgeld).  
Post-Bestellnummer 6858.

Bei außerdeutschen Postanstalten laut Zeitungs-Preisliste.

Einzelnummer 10 Pfennige.

## Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit.

Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle:  
Dresden, Pillnitzer Straße 43.

Inserate  
werden die gespaltene Seite oder deren Raum mit 15 Pf.  
berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt.

Redaktions-Sprechstunde: 11—1 Uhr.

Gernsprecher: Amt L Nr. 1366.

Nr. 212.

Katholiken: Thomas.

Freitag, den 18. September 1903.

Protestanten: Titus.

2. Jahrgang.

### Eine Woche der Kongresse

müsste man die letzte Woche nennen, wollte man ihr einen besonderen Namen geben. Es haben, um nur einige zu nennen, der Anwaltstag in Straßburg, der Arzttag in Köln, der Kongress des Verbandes für Binnenschiffahrt in Mannheim, der bayerische Landestag des Evangelischen Bundes in Rothenburg o. T., der Handwerks- und Gewerbeammlertag in München, der Verbandstag der Gewerbegelehrten in Dresden, der Kongress des Vereins für Sozialpolitik in Hamburg und der sozialdemokratische Parteitag in Dresden gefagt. Auch wenn man von den beiden seitgenannten Versammlungen absieht, hatten verschiedene dieser Veranstaltungen allgemein bemerkenswerte politische Bedeutung. So wurde in Mannheim eine Kundgebung nicht nur für den Mittellandkanal, sondern auch für die Kanalisierung des Oberrheins, des Mains und des Neckars beschlossen. In München wurden mancherlei berechtigte Forderungen des Handwerks an die Regierungen und Parlamente gestellt. In Straßburg wurde gleichmäßig zu fröhlichem Kampf gegen die Katholiken geblasen und zugleich heuchlerische Friedensschäume gespielt. In Köln wurde mit großer Begeisterung der Ausbeutung der Ärzte durch die Krankenkassen Jede angeklagt und damit zugleich den streitenden Ärzten in Niederrhein eine erwünschte Rückenstärkung geliefert. In Hamburg trafen sich die Sozialpolitiker aller Partien, die nicht den zwei Extremen, dem Klassenkampf und der Scharfmacherei, huldigen, zu fruchtbringender Arbeit. Hier in Dresden, das in diesem Sommer wegen der Städteausstellung eine bevorzugte Kongressstadt ist, holten sich die Sozialdemokraten eine moralische Niederlage, indem sie mit ihrer Ablehnung der Proportionalwahl für die Gewerbegelehrten ihren nächsten Partei-Egoismus allzu offen entblößten.

In noch schlimmerer Beleuchtung zeigten sich freilich die Zustände in der Umsturzpartei bei dem unmittelbar auf den Gewerbegelehrtenstag ebenfalls in Dresden folgenden sozialdemokratischen Parteitag. Daß die "Obergenossen" auf ihrem Kongress hart aneinander geraten, ist man ja freilich gewöhnt, und es hat auch schon bei früheren Gelegenheiten nicht an den gegenseitigen Schmeicheleien duftigster Art gefehlt. Aber so erbittert wie jetzt sind die Herrschäften doch noch kaum jemals über einander hergefallen. "Schulbubenähnliche Verächtigungen" warf Präsident Singer in aller "Brüderlichkeit" den Sprechern der verschiedenen Richtungen vor. Aber diesmal lag freilich auch ein ganz besonderer Anlaß zu hohen Auseinandersetzungen vor; Bebel, Rautsky usw., die "Unterwiegten" der revolutionären Fahne, hatten es sich nämlich in den Kopf gesetzt, dem "Komödienspiel" in der Partei endlich einmal ein Ziel zu setzen und mit den "ver schwommenen" Revisionisten gründlich aufzuräumen. Der "große Kladderadatsch", den Bebel so oft schon für die

bürgerliche Gesellschaft prophezeite hat, um nachher durch die Ereignisse Lügen gestraft zu werden, sollte nun aber gewiß und wahhaftig kommen — wenn auch einstweilen nicht innerhalb jener "verrotteten" Gesellschaft, sondern innerhalb der Sozialdemokratie selbst! Nein Pardon! Das war die Lösung auf Seiten derer um Bebel und Rautsky. Die Revisionisten Bernstein, Heine, Braun, Göhre usw. auf der anderen Seite waren auch nicht schlecht mit Guest und Galle geladen. Doch überwiegt hier wohl noch immer der Wunsch, mit den anderen zusammen in einer Partei zu bleiben, zumal für beide Teile doch außerordentlich viel auf dem Spiele steht. Das sehen auch die Abgeordneten unter den Alt-Marxisten ein, die als eine Art Mittelpartei die Versöhnung der Gegenseite anstreben. Ob ihnen dies jetzt noch gelingen wird, mag dahingestellt bleiben. Wir als Gegner der Sozialdemokratie wünschen ihnen — in allem Ernstes getroffen — Glück dazu. Denn es ist unseres Erachtens für die Unentwegten in der Sozialdemokratie ziemlich schlimmer, wenn die Revisionisten in der Partei bleibend und darin weiter als Sondergruppe wirken, als wenn sie ausgeschlossen werden. Ihr Anhang ist ja — etwa von der Gesellschaft des Herrn v. Vollmar in Bayern ausgesehen — offenbar nicht sehr groß.

### Sozialdemokratischer Parteitag zu Dresden.

Cpc. Dresden, 16. September 1903.

(Nachdruck verboten.)

Nach der Mittagspause hat zunächst Pfarrkirch das Schlusswort. Dazwischen ist folgende Resolution eingegangen.

Der Parteitag fordert die Klarheit auf, es in der Frage der Besetzung der Vizepräsidenten- und Schriftführerposten im Reichstag bei ihrer bisherigen Stellung — Ablehnung aller nicht durch die Weisheitsordnung vorgeschriebenen Verpflichtungen — zu belassen.

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und festgebrachte, aus dem Klassenkampf herührende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Erweiterung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst radikale Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeiten, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegner zu vertuschen, um eine Unleidung an bürgerlichen Parteien zu erleichtern. Der Parteitag erwartet, daß die Partei die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gezwungene Annahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterschaft, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs fruchtbare und nachdrücklichste wahrgenommen und den Kampf wider Militarismus und Nationalismus, wider Kolonial- und Weltpolitik, wider Un-

recht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist.

Singer.

Es folgt die Abstimmung. Es wird zunächst die Abstimmung über den Antrag des Parteivorstandes vorgenommen: dieselbe ist eine namentliche. Der Antrag wird mit 283 gegen 24 Stimmen angenommen. Es enthalten sich der Abstimmung vier Mitglieder, darunter Bernstein, Auer, Heymann Stuttgart.

Es folgt der Punkt "Differenz zwischen dem Ge-

nossen Bebel und der Vorwärts-Redaktion".

Bebel: Zugzwischen habe sich die Sache so geändert, daß eine lange Diskussion nicht nötig sein werde. Von der Zurückweisung seiner Erklärung durch den Vorwärts sei er sehr überrascht gewesen; er habe telegraphisch die Aufnahme verlangt. Eisner vom Vorwärts habe ihn nicht verworfen wollen, sondern habe im Parteinteresse zu handeln geglaubt. Diesen Standpunkt halte er für bedeutslich, wenn er auch an seinem guten Willen nicht zweifle. Die Pressekommission habe zu seinem Redners, Eisners, Gunsten ... zugesiegen. Da der "Vorwärts" seine Erklärung am 9. September gebracht habe, habe er "in Interesse mehr gehabt, die Entscheidung des Parteitages anzurufen. Er sei damit völlig befriedigt gewesen.

Eisner: (Redakteur des Vorwärts) erklärt, nachdem Bebel die Voraussetzung anerkannt habe, wolle er diese Frage nicht zum Gegenstand einer ausgedehnten Diskussion machen, umso weniger, da die Parteigenossen im Lande die berechtigte Schlußfolgerung hätten, zu hören, was der Parteitag tun wolle. (Sehr richtig!)

Abg. Auer meint, die Stichwahl in Marburg (die in der Bebel'schen Erklärung auch eine Rolle spielt) zeige, daß es künftig einfach unmöglich sein werde — was man in München leider getan habe — die Taktik der Partei auf Jahre hinaus festzulegen (Beispiel und Zustimmung).

Abg. Heine gibt Ausführungen darüber, wie es sich mit dem Bebel gemachten Vorwurf verhalte, daß er "in Kühlung schlafte". Er, Redner, habe in einer Versammlung die verschwörung, der sich in der Haupt- und Staatsaktion der Anteckungen (Weiterseite) äußerte. Das sei ein Geheimnis und ein Traumbild, das ihm genutzt habe. — Auf einen Jurus, den er dahin verstanden habe: darf er das nicht? habe er dann weiter ausgeführt: "Selbstverständlich gönne ich dem Genossen Bebel seine Ruhe; er ist der Wächter der Partei und er hat mir in diesem Falle von dem Rechte eines jeden Wächters Gebrauch gemacht: er ist mal eingeschlafen und hat sich durch Traumbilder und Geisterstörer nötig lassen, und dann hat er zur unrechten Zeit Alarm geblasen." Diese Ausführung sei mir Bebel in versummelter und tendenziöser Form von irgend einem Genossen hinterbracht worden und Bebel habe sich dadurch zu Unrecht verfestigt. (Jurus des Abg. Stadhagen: Marburger An-

### Blei im Herzen.

Erzählung von J. A. von der Lans.

Aus dem Holländischen überzeugt von L. van Heemstede.

(Fortsetzung.)

(Ende des Gedichts.)

"Ich finde, daß die Leute einen übertriebenen Lust an den Tag legen", sagte die Dame, die der Doktorfrau wiederholt allerlei Schmeichelhaftes über ihren ausserlesenen Geschmack zugeworfen hatte, „es ist überladen, prahlreich, so recht parvenuähnlich."

„Das kann ich nun gerade nicht behaupten“, erwiderte der Herr Gemahl, „obwohl ich gestehen muß, daß ich alles nicht so sorgfältig ausgenommen habe, wie Du.“

„Ich weiß auch, weshalb sie es tun, wenigstens die Frau Doktor, denn der Doktor selbst kommt dabei gar nicht in Betracht, er wird einfach überstimmt.“

„Und das wäre?“

„Nun, sie will höher hinaus, wie alle Frauen!“

„Danke für das Kompliment! Aber, warum haben Sie denn die Juden mit ein?“

„Das wird wohl auch seine Gründe haben. Der Junker von Grünen wird jedoch wohl in erster Reihe stehen, schade nur, daß die einfältige Henriette sich wenig oder garnichts aus seinen Huldigungen zu machen scheint.“

„Na, die Welt ist nun einmal so, uns geht das eigentlich auch weiter nichts an. Bei Doktor de Bries spielt man übrigens vorsichtig, das muß man ihm lassen. Er ist ein äußerst respektabler Mann und seine Gemahlin eine treue, liebende Frau. Was kann man mehr verlangen?“

„Sie hat gewiß wieder auf die Dekoration für ihren Mann angespielt?“

„Warum sollte sie nicht? Der Doktor hat zweifellos weit mehr Ansprüche auf eine Auszeichnung, als so mancher andere. Wenn ich etwas für ihn tun kann, werde ich es nicht unterlassen. Es sind nur zu viele Anwärter da!“

„Wenn die Frau Doktor das fertig brächte, und ihre Tochter sich mit dem Junker verlobt, na, ich glaube das Land würde ihr zu klein!“

Während diese und ähnliche Gespräche zwischen den

heimkehrenden Gästen geführt wurden, hatten der Gastherr und die Gastfrau eine Unterhaltung, die nicht weniger pittoresk war.

Konrad hatte sich sofort, nachdem die Gäste fort waren, mit seinen elektrischen Batterien zu schaffen gemacht, während Henriette, die sich in der Gesellschaft des Junkers den ganzen Abend gelangweilt hatte, sich in ihr Zimmer zurückzog, um sich umzuziehen.

Die Dienstboten waren eifrig beschäftigt, den Tisch abzuräumen, was natürlich mit nicht geringem Lärm vor sich ging. Die Lohnmädchen hatten ihre schwarzen Röcke ausgezogen und damit zugleich ihre feierliche Miene abgelegt; sie schersten mit den Magdinnen, freuten sich der reichlichen Trinkgelder, die ihnen zugeslossen waren, und gedachten, sich an den Resten der Tafel in der Küche gütlich zu tun. Von dem Herrn und der Frau des Hauses, die soeben noch den Mittelpunkt der glänzenden Versammlung gebildet hatten, nahm jetzt keiner mehr Notiz.

Frau de Bries, müde von der Komödie, die sie den ganzen Abend gespielt hatte, ließ sich in ihrem malvenfarbigen Seidenkleid auf ein Sopha im Salon nieder und betrachtete mit einem Gesicht von Mitbeteiligung die rings angesetzte Urndnung.

Der Doktor stand mit den Händen auf dem Rücken vor dem glimmenden Kamin und starnte düster vor sich hin auf die zarten Farben des kostbaren Smyrnateppichs. Zu dem hellen Lichte der Gaslaternen schienen seine grauen Haare fast weiß, die Furchen seiner Stirn waren tiefer, die Wangen eingefallen; er mochte wohl um zehn Jahre älter erscheinen.

Mit einem tiefen Seufzer ließ er sich in einen bequemen Sessel, der in seiner Nähe stand, fallen.

„Dachte ich es mir nicht,“ murmelte seine Frau zwischen den Zähnen, „das habe ich nun wieder von all meiner Mühe!“

„Du weißt recht gut, daß es mir weit lieber wäre, wenn Du Dir diese Mühe sparst,“ erwiderte ihr Gatte verdrießlich.

„Ja, wenn es nach Deinem Willen ginge, so lebten

wir wie die Einwohner und gäben all unser Geld den Armen.“

„Das stände uns jedenfalls besser an, als diese übermäßige Verschwendungen.“

„Übermäßige Verschwendungen!“ entgegnete seine Frau mit geringfügigem Achselzucken, weil Du in befrüchteten Verhältnissen emporgewachsen bist, nemst Du alles Verschwendungen und bedenkt garnicht, was wir unserem Stande schuldig sind. Du solltest mir lieber danken, daß ich über Deine beobachtete Verschwendungen den Schleier breite und Dich mit Angehörigen der ersten Kreise, zu welchen Du Dich nie emporgewandt hast, zusammenführen.“

„Ich verlange keineswegs danach, mich in Kreise zu drängen, wohin ich nicht gehöre.“

„Das ist es ja eben, was ich sage: Du fühlst Dich in diesen Kreisen nicht heimisch, aber das ist kein Grund, mir und meinen Kindern den Platz zu missgönnen, der uns kommt. Du siehst nicht ein, was ich damit bezwecke, wenn Du aber durch meine Vermittelung den Orden vom niederländischen Löwen oder eine Professur an der Utrecht University erhältst, wirst Du wohl anderer Meinung werden.“

„Du weisst, daß ich nur aus Auszeichnungen und Ehrenposten nie etwas gemacht habe.“

„Ja, ich weiß es leider, und ich weiß auch, daß Dir an dem besseren Fortkommen unserer Kinder nichts gelegen ist. Umso mehr werde ich darauf Bedacht nehmen. Während Du Deine Zeit und Dein Geld an eine Klinikpraxis verschwendest, die ...“

„Das neunst Du Zeit und Geld verschwenden, wenn man sich der Armen annimmt? Ich meine, das wäre eine Arbeit, die uns Segen bringen muß; was dagegen an einem solchen Abend wie diesem daraufgeht, das ist höchstlich fortgeworfen!“

„In Deinen Augen natürlich! Meinst Du denn, wie hätten Junker von Grünen bei uns gesehen, wenn wir uns nicht den Ansprüchen seines Standes gemäß eingerichtet hätten? Wenn Du nicht blind wärest, hättest Du sehen können, wie eifrig er sich um die Gunst unserer Henriette beworbt.“

(Fortsetzung folgt.)

gelegenheit.) Auf diese Angelegenheit werde ich beim Punkte „Tatik“ zurückkommen, wohin sie gehört — (erneute Zurufe des Abg. Stadthagen). Ich verbiete mir die Unterstellung, daß ich etwas verschweigen wolle — (mit erregter Stimme): ich werde gründlich darauf zurückkommen. Es ist nun schon der dritte Tag, daß nicht ein Redner seine Rede hat zu Ende führen können, ohne fortgesetzt durch Zwischenrufe und Privatgebräuche des Abg. Stadthagen gestört zu sein. (Sehr richtig! bei den Revisionisten.) Da werden Sie es verstehen, wenn mit auch einmal, wie Genossen Bebel sagt, die Lauer über die Leber läuft. (Beifall).

Damit ist der Fall Bebel-Vorwärts erledigt, und es folgt die Erörterung der Polenfrage. Im Namen des Parteivorstandes berichtet Herrscher über die weitshichtigen Verhandlungen mit den polnischen Genossen, die vollständig resultatlos verlaufen sind. Die Verhandlungen seien vor allem deswegen gescheitert, weil von den polnischen Genossen keinerlei Erklärung darüber zu bekommen war, daß bei der polnischen Sonderorganisation nicht national-polnische Befreiungen mit unterließen, die mit dem Massenkomitee der Arbeiter garnichts zu tun hätten und für die die Gesamtpartei unmöglich die Verantwortung übernehmen könnte. In der Diskussion wird die Haltung des Parteivorstandes mehrfach scharf angefochten. Man könne den Polen nicht zumutten, daß sie sich für alle Zeiten widerstandslos dem preußischen Polizei-Büttelfeind einfügen. Das Bestreben der Polen nach Unabhängigkeit sei ebenso berechtigt, wie die Unabhängigkeitsbefreiungen jedes anderen Volkes, mit denen sonst die Sozialdemokratie grundsätzlich sympathisiere. Es würde vollkommen genügen, wenn man der polnischen Sonderorganisation die Verantwortlichkeit für ihre inneren Angelegenheiten überlässe; sie werde ihre nationalen Befreiungen schon in einer Weise vertreten, die mit der Allugreit verträglich sei (Zuruf: Da liegt eben der Fas im Pfeffer!).

Demgegenüber tritt Rosa Luxemburg mit großer Entschiedenheit für den Vorstand ein. Nicht um ein theoretisches Recht der Polen auf Unabhängigkeit handle es sich, sondern um die Frage, ob die praktische Möglichkeit vorhanden, dieses Recht tatsächlich zu verwirklichen. Jeder Genosse habe das „Recht“ zu fliegen, aber keiner mache davon Gebrauch. (Zuruf: Aber hinauszufliegen! Stirnmütige Heiterkeit.) Im übrigen könne es nicht Aufgabe der Sozialdemokratie sein, neue Klassentanten zu begründen. Die Gegner des Parteivorstandes in dieser Frage stützen sich lediglich auf die Ausführungen von „Stäubern“. Reddelein beantragt schließlich, unter Billigung der Haltung des Vorstandes über die Frage zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag wird angenommen.

Dresden, den 17. September 1903.

Die Verhandlungen am Donnerstag beginnen mit dem Referat Stadthagen über die parlamentarische Tätigkeit. Hierzu liegen etwa 2 Dutzend Anträge vor, welche u. a. betreffen die Koalitionsfreiheit, Beseitigung des Majestätsbeleidigungsparagraphen, Abschaffung der Militärjustiz, Schaffung einer Reichsbetriebsgemeinschaft für die deutschen Eisenbahnen, Bekämpfung der Burnkrankheit, Achtstundentag usw. Am übrigen verweisen wir für die Anträge auf die bereits veröffentlichte offizielle Zusammenstellung derselben. Vom Bromberger Prozeß ausgehend, führt Redner aus, daß die Massenjustiz, welche auf eine Wirkhandlung des Arbeiters abzielt, im kommenden Reichstag an den Pranger gestellt werden müsse. Die nächste Aufgabe seien die Handelsverträge, bei denen mit aller Scharfe vorgegangen werden müsse. Dann sei besonders die Koalitionsfreiheit zu schützen und die Arbeiterschutzesgebung zu fördern; namentlich müsse der Achtstundentag gefordert werden. Redner geht auf die einzelnen Anträge ein. Ein Teil der Anträge sei überflüssig, weil die Fraktion bisher schon in ihrem Sinne gehandelt habe. Gegner sei er von dem Antrag, der die Abschaffung der Militärjustiz und allgemeine einjährige Dienstzeit verlange, weil die Partei die Vollmacht verlangen müsse, um den brutalen Soldatenmühlhandlungen ein Ende zu machen. Freiheit, Zentrum, Konervative beurteilen das bestehende Militär gegen die Sozialdemokraten aus. Bei einer Reihe von Anträgen führt Redner aus, daß man den parlamentarischen Einfluß der Fraktion in ihnen überschäme. Redner warnt davor, durch zu viele Einzelheiten die Kraft der Agitation zu zerstören und zu schwächen. Zu der Diskussion sprachen Heil Stuttgart für Reichseisenbahngemeinschaft, um die Auslieferung der bayerischen, sächsischen usw. Bahnen an Preußen zu verhindern, Trölle Überfeld für Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen und Schaffung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes, Ottlie Bader für den Schutz der weiblichen Arbeiter. (Das Zentrum, welches verhältnisweise so getan habe, als ob es für die weiblichen Arbeiter etwas tut, habe allen Anlaß, für diese Forderung einzutreten, um nicht die katholischen Arbeiter zu verlieren. Was das Zentrum für die Frauen bis jetzt getan, sei nur Schein), Tächterow Berlin für Schutz der Heimarbeit, Strafmenner für Bekämpfung der Burnkrankheit (die Krankheit bringe den französischen Arbeiter an den wirtschaftlichen Bankrott; die Regierung hätte doch schon längst sanitäre Untersuchungsanstalten, namentlich an den Grenzen, schaffen sollen), der Vertreter von Flensburg verlangt Maßnahmen gegen das Coalabtreiben. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgeschaut.

Der Vertreter von Bromberg spricht für baldmöglichste Besprechung des Bromberger Urteils im Reichstag, Nach Hildesheim für Einheitlichkeit der Wahlurnen bei Reichstagswahlen zur Sicherung des Wahlgeheimisses, Rohenstein für allgemeine einjährige Dienstpflicht und Gestaltung der Notwehr bei Soldatenmühlhandlung. Bebel selbst hat die Gegenwehr empfohlen (Bebel: Ja, vor zehn Jahren!). Um so besser! Lehren wir die Bestien ab! Frau Ihrer spricht für Abschaffung der Nacharbeit von Frauen. Die Debatte wird hierauf geschlossen.

Im Schluswort betont Stadthagen, daß die Mehrheit des Reichstags bei Anträgen seit einigen Jahren das Recht der Initiative immer mehr zu beschränken schehe. Das Zentrum, welches bei Soldatenmühlhandlungen immer eine sinnlose Fraktion gewesen sei, fange jetzt in seiner Presse an, den Mund zu ihnen aufzutun. Das Recht der Notwehr bei

Wirkhandlungen sei jetzt schon anerkannt. Das Bromberger Urteil sei eine Schmach für die Richter.

Durch Tagesordnung werden erledigt: Der Antrag betre. Militärjustiz, Notwehr, einjährige Dienstzeit, Ausdehnung des allgemeinen gleichen, direkten Wahlrechts auf die Frauen, Errichtung von Heilstätten auf den Inseln der Nord- und Ostsee zur Bekämpfung der Lungenerkrankheit. Sämtliche übrigen Anträge werden zur Berücksichtigung der Fraktion überwiesen. Zurückgezogen wird der Antrag 100 betr. vertiefte Anstrengungen, um positiven Einfluß auf das Geschäft der deutschen Politik zu gewinnen.

Es folgt: Der internationale Kongress in Amsterdam. Beauftragt wird die Forderung des Frauenwahlrechts und die Arbeiterversicherung auf die Tagesordnung in Amsterdam zu bringen. Bestimmte Vorschläge werden nicht für den Kongress gemacht. Referent Singer empfiehlt die Anträge. In der Diskussion betont Dr. Braun, daß im englischen Parlament die Liberalen im Gegensatz zu den Genossen für das Frauenwahlrecht eintreten. Das sei eine Gefahr für die Partei. Genossen Zeitlin stellt fest, daß die Sozialdemokraten in England nicht gegen das Frauenwahlrecht seien, sondern nur gegen dasjenige, welches dort die Liberalen wollten. Die Anträge werden angenommen. Hieraus tritt die Mittagspause ein.

## Politische Rundschau. Deutschland.

— Kaiser Wilhelm über die Magyaren. Der „Festl“ meldet aus Budapest: „Kaiser Wilhelm sprach vor seinem Gefolge über die ungarischen öffentlichen Verhältnisse und äußerte sich begeistert über den Patriotismus und die Charakterfestigkeit der Ungarn.“ Anschließend daran kombinierten die „Narodniks“ nur frisch darauf los. Sie meinen, die Sporttreiben des Kaisers nach Ungarn hätten auch ein politisches Ziel. Er werde in Wien beim Kaiser ein Wort für die Magyaren einlegen, er wolle sie schon durch seine Anwesenheit in Ungarn erhöben und in ihrem Widerstand bestärken. Und Wilhelm II. erreicht nicht in seinen letzten Zielen. In Osnabrück steht die Sache für ihn gut; die Magyaren seien im Dienste der Berliner Politik. Die Hohenlohes wollen nach Triest vordringen . . . Warum sollte da Wilhelm II. die Magyaren nicht bestärken? Und in Wien? Mögen sie wenigstens jetzt einsehen — bemerkt das Blatt — was sie im Jahre 1867 taten, als sie die Mehrheit der ungarischen Nationen den Magyaren auslieferierten. — Man muß sich wundern, daß die Krise zu solchen abenteuerlichen Gedanken führt. Freilich hätte Kaiser Wilhelm die Empfindlichkeit der nichtmagyarischen Völker durch obigen Ausspruch nicht überlegen dürfen. Ein Lob den Magyaren wegen ihrer Charakterfestigkeit zu spenden, liegt jetzt fürwahr kein Anlaß vor.

— Der preußische Medizinalminister empfiehlt in einem Erlass kurz öffentliche Vorlesungen für die Studierenden aller Facultäten der Universitäten über die Gefahren der geheimen Krankheiten. Die Vorlesungen, welche der Medizin, Philosophie und Theologie entnommen werden, sollen „auch“ auf die ethische Seite hinweisen. Mit Rücksicht darauf, daß die Religion die Grundlage der Moral ist, wäre auch das Hauptgewicht mehr auf diese Motive zu richten, statt sie nebenbei zu behandeln.

— Der protestantische Superintendent in Braunschweig (Westpreußen) hat am Sonntag vor der Reichstagswahl in der Predigt die Gemeinde aufgefordert, dem Kandidaten Pilchowski die Stimmen zu geben. Die anwesenden Männer, sagte er bei, können die Stimmzettel gleich im Empfang nehmen und die Frauen sie ihren Männern zu Hause abgeben. Zu der Tat erfolgte auch die Verteilung der Wahlzettel in der Kirche. Gegen dieses Vorgehen erhob nun der liberale Wahlverein Bischweide beim Konsistorium. Dieses teilte dem Superintendenten mit, daß es sein Vorhaben nicht billigen könne; eine Lüge zu erteilen, lehnte das Konsistorium aber ab. Die Zeitungen schweigen in bekannter Parteilichkeit über die Sache. Wäre es ein katholischer Pfarrer gewesen, so würde längst ein Sturm der Entrüstung durch den Wälderwald gebracht haben.

— Pastor Schall-Madow hatte sich, wie wir seinerzeit meldeten, auf dem Verbandstage der deutschen Pfarrervereine in Koburg bei Gründung eines Kirchenverbands gegen den dauernden Vorsitz des preußischen Kirchenregimentes ausgesprochen mit dem Hinweis auf dessen gegen Rom nicht widerstandsfähige Politik. Es mag der Wortlaut noch verlebender gewesen sein, denn Pastor Schall sieht sich genötigt, in der „Kreuzzeitung“ öffentlich seine getauchten Äußerungen, zu denen er sich in „nervös-kranker Erregtheit tatsächlich habe hinreissen lassen“, zu widerufen. — Das „Leipziger Tageblatt“ kann bei dieser Wiedergabe die hämische Bemerkung nicht unterlassen, er habe sich lobenswert unterworfen. Es wäre in der Tat traurig bestellt um die Disziplin, wenn jeder Untergebener seine Behörde öffentlich angreifen könnte. Pastor Schall hat daher nur manhaft gehandelt, wenn er den Fehler gut mache.

— Das neue Krankenversicherungsgesetz weist ein empfindliches Versehen auf, welches nach dem am 1. Januar 1904 erfolgenden Inkrafttreten des Gesetzes sich in höchst unliebsamer Weise geltend machen wird, die durch das Versehen entstandene Lücke ist in seiner Weise auf die Absicht der Gesetzgeber zurückzuführen. Im Artikel 20 des Krankenversicherungsgesetzes sind die Mindestleistungen der Ortskrankenkasse festgelegt, während Artikel 21 bestimmt, wie hoch die Fürsorge überhaupt gehen kann und darf. Im erstgenannten Artikel war seither die Wöchnerinnenunterstützung auf 4 Wochen festgelegt, während Ziffer 4 des Artikels 21 es gestattete, sie auf 6 Wochen auszudehnen; Ziffer 5 des nämlichen Artikels gestattet, auch den Ehefrauen der Kassenmitglieder diese Wohltat zukommen zu lassen. Gerade diese letztere Bestimmung ist in den Familien sehr angenehm empfunden worden. Wie wird sich nun die Sache nach dem neuen Gesetz vom 1. Januar 1904 ab gestalten?

Im Artikel 20 ist als Mindestleistung der Ortskrankenkasse die Wöchnerinnenunterstützung auf 6 Wochen ausgedehnt worden; dadurch würde Ziffer 4 des Artikels 21 überflüssig. Aber der Reichstag folgte an dessen Stelle die Schwanger-

schaftsunterstützung ein, die bei einer wegen der Schwangerschaft eingetretenen Erwerbsunfähigkeit in der Höhe der Wöchnerinnenunterstützung gewährt werden kann. Die daraufgehende Ziffer gestattet, diese Unterstützung auch den Ehefrauen der Kassenmitglieder zuziehen zu lassen, dagegen können diese die seither bezogene Wöchnerinnenunterstützung nicht mehr erhalten und keine Ortskrankenkasse hat das Recht, diese noch weiter zu zahlen. Die Sache liegt also künftig so: Frauen, die Mitglieder der Kasse sind, müssen 6 Wochen lang nach ihrer Niederkunft die Wöchnerinnenunterstützung erhalten und können 6 Wochen lang die Schwangerheitsunterstützung genießen. Ehefrauen von Kassenmitgliedern aber, die seither den weiblichen Kassenmitgliedern in diesem Punkte gleichgestellt waren, können künftig nur noch die Schwangerheitsunterstützung erhalten, nicht aber die Wöchnerinnenunterstützung. Wer aber die Verhältnisse in den Arbeitersfamilien kennt, der wird wissen, daß die letztere Unterstützung für die Arbeitersfamilien eine viel rentablere, wichtigere und dringendere ist, als die erstere. Die Sache wird noch verschärfert dadurch, daß die Ehefrauen der Kassenmitglieder die Schwangerheitsunterstützung nur dann gewährt werden darf, wenn sie infolge der Schwangerschaft in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind. Dies trifft aber gerade bei allen diesen Frauen nicht zu, da sie im Haushalte tätig sind und somit von einer befristeten Erwerbsfähigkeit gar nicht die Rede sein kann. In Wirklichkeit werden also die Ehefrauen der Kassenmitglieder künftig garnicht mehr bekommen können. Der neue Reichstag hat die dringende Pflicht, diesem Uebelstande entgegenzutreten und durch einen Initiativvorschlag die Sache noch vor dem 1. Januar 1904 in Ordnung zu bringen. Es darf nicht damit gewartet werden bis zur Anangriffsnahme der großen Reform der Versicherungsgesetze, da gerade diese neu sich zeigende Lücke viel Unzufriedenheit erzeugen und die Freude an den übrigen Fortschritten nicht recht auskommen lassen würde.

— Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Hamburg wurde am 16. d. M. nach Erledigung der auf die Tagesordnung gesetzten Referate und daran gefüllten eingehenden Erörterung geschlossen. Professor v. Philippovich sah den Inhalt der Referate und Debatten über die Störungen im Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 und folgende zusammen, worauf Professor Schmoller die Versammlung mit der Bemerkung schloß, daß sofort in einer Enquete über kommunale Sozialpolitik eingetreten werden sollte, deren Ergebnisse den Gegenstand der Beratung auf der nächsten, in drei Jahren stattfindenden Generalversammlung bilden werde.

— Die Berliner Bühlereien in Südwürttemberg. Unter dieser Rubrik weiß die „Württemberger Arbeiterzeitung“ auf die Agitation hin, welche von Berlin aus für die katholischen Gewerkschaften gegen die christlichen Gewerkschaften getrieben wird. Auf dem in voriger Woche zu Ingolstadt abgehaltenen Delegiertentag des Verbandes Süddeutscher katholischer Arbeitervereine erschien Dr. Gleicher (Berlin), bekannt durch seine Propaganda für katholische Gewerkschaften. Es wurde ihm jedoch alsbald erklärt, daß man sich jede Agitation für die katholischen Gewerkschaften im Südwürttemberg energisch verbiete. Welch freundliche Gesinnungen der Berliner Verband für die süddeutschen Arbeitervereine hege, beweise die die Tatsache, daß, ehe Herr Dr. G. nach Ingolstadt ging, er mit den übrigen Berliner Herren, natürlich ohne daß die süddeutsche Verbandsleitung etwas ahnte, in einem Schreiben an die süddeutschen Bischöfe das Ansuchen stellte, sie wollen ihre Diözesanpräsidies anweisen, die dem Delegiertentag vorgelegte Resolution betreffs Förderung der christlichen Gewerkschaften fallen zu lassen. Doch auch hier fanden die Herren keine Gegenliebe. Auch im westdeutschen Verbande bittet das Blatt die Arbeitervereine, speziell auf die hilfreiche Wirksamkeit des Herrn v. Savigny Acht zu haben. Derselbe habe seine Reise zum Adlner Katholikentag nicht unbedingt lassen können, um bei einer bischöflichen Behörde Westdeutschlands ganz ungebeten sich mit seinen Treibereien gegen die christlichen Gewerkschaften einzustellen. Der Versuch war vergebens. Vor einigen Monaten versuchte Herr v. S. wiederholte in gleicher Weise bei einer anderen bischöflichen Behörde auf die Geschäftlichkeit der Tatsache hinzuweisen, daß die dortigen Arbeitervereine für die christlichen Gewerkschaften eintraten; auch das war vergebens. Kurz nachher trieb Herr v. S. sein Eifer nach einer anderen westdeutschen Diözese. Auch das war erfolglos. Das Treiben der Berliner Herren wird auf die Dauer unerträglich. Die genannten zwei Laien aus dem Berliner Verbandsvorstand begnügen sich ja nicht damit, im Berliner Verbande und in dessen Verbandsorgan bis zum Nebenamt darzulegen und zu klagen, daß die christlichen Gewerkschaften die größten religiösen Gefahren für die katholischen Arbeiter bringen; es ist dies schon deshalb verleidet, weil diese Anklagen gegen 800 geistliche Präsidies und deren Diözesanpräsidies, darunter zwei bischöfliche Theologieprofessoren, gerichtet werden, und zwar von Laien, die stets betonen, daß die Arbeiter, wenn sie nicht einem geistlichen Präses unterstellt seien, vor Gott und Mensch auf wirtschaftlichem Gebiete nicht frei bleiben könnten. Der Artikel schließt mit dem Satz: „Die Arbeitervereine des westdeutschen Verbandes werden darum in Zukunft den Berlinern gegenüber vom Haustrecht energisch Gebrauch machen. Man soll uns endlich in Ruhe lassen!“ — Wir erinnern uns bei Lesung dieses an einen Artikel des Berliner Arbeiters, der auch mit aller Macht ohne genügende Kenntnis der Verhältnisse den katholischen Arbeitern in Sachsen Berliner Denkmäler beibringen wollte.

— Die „Ges. Btg.“ bringt unter „Gerichtszeitung“ einen Artikel aus Flensburg, 9. September, worin dänische Bauern mit Polizeistrafen belegt wurden, weil deren Hunde sich erlaubten, preußische Staatsbeamte anzubellen. Wohlgerne, die Hunde haben nur gebellt, nicht gebissen. Wir würden die Sache für einen schlechten Wit halten, wenn die Mitteilung nicht unter „Gerichtszeitung“ erfolgt wäre.

## Oesterreich-Ungarn.

— Der Reichsrat wird für den 23. d. M. einberufen. Die diesmalige Tagung wird jedoch nur eine kurze sein und die Volksvertretung sich bloß mit den an die Ein-

stellung aussehen der W. Nach E werden der bölichsen Soldat bemerkung ungarische weise nachstehend welches diplomatische richtete Porte garischen arbeitet überhaupt im geistlichen Grenzen umfangen Hürden fürt sich und die bei der geltenden pflichten zu ap der vonventionen Hörern fertigte zu ma Gesinnung schließen könnte rungen gegen regeln so würdig gegen

zu verfaßte russische sichtige Vorsicht, ihn gehandelt Annahme, das an Iustitia der Hofen

Herrn und Pirna wird abend Besuch das M. in einer Besuch meinen die Städte könnten schöner reicht reicher Schulz als Se politisch führen, so ausmerkt System. Vilnius 1517 Preußen — mit allt. Sie w. tektantif. Gott für Blätter bewahrt gegen müssen wenn verloren der selben paffen, ist, als einen „Allgemein hat 1300 wohnen, haben d

wanger  
öhe der  
n. Die  
auch den  
dagegen  
staltung  
hat das  
egt also  
müssen  
erinnerung  
die  
en von  
Kassen-  
können  
ung er-  
ber aber  
er wird  
amitien  
als die  
ch, daß  
eitschafts-  
enn sie  
seit be-  
diesen  
d somit  
ie Nede  
nen der  
können.  
e Nebel-  
trag die  
ung zu  
bis zur  
gelege-  
edenheit  
en nicht

— Die Proteste gegen die Zurückbehaltung des dritten Jahrganges mehren sich. In Dedenburg kam es zu Unruhen. Man warf dem General die Fenster ein; auch Soldaten beteiligten sich daran.

— Ein Renten-Rückgang macht sich an der Börse bemerkbar. Die ungarnische Kronenrente sinkt wegen der ungarischen Staatskrise immer mehr. Es sind aber teilweise auch gemeinsame und österreichische Papiere gekommen.

#### Bulgarien.

— Die „Politische Korrespondenz“ erzählt aus Sofia nachstehende ausführliche Inhaltssangabe des Circulars, welches der bulgarische Minister des Auswärtigen an die diplomatischen Vertreter des Fürstentums im Ausland gerichtet hat. Die bulgarische Regierung erhebt gegen die Porte den Vorwurf, daß sie auf die Vernichtung der bulgarischen Bevölkerung in den europäischen Vilajets hinarbeitete, dabei andererseits alle Vorkehrungen tesse, um die türkische Armee so rasch als möglich an der bulgarischen Grenze konzentrieren zu können. Dies berechtigt zu der Annahme, daß die ottomanische Regierung die Absicht hat, im geeigneten Augenblick eine militärische Aktion gegen das Fürstentum zu unternehmen. Die Lage sei geeignet, schließlich einen bewaffneten Konflikt zwischen dem Fürstentum und der Porte herbeizuführen, falls die Grobmächte nicht bei der Porte Ratschläge der Klugheit und Mäßigung geltend machen. Die bulgarische Regierung fühle sich verpflichtet, an die Gerechtigkeit und Humanität der Mächte zu appellieren, damit sie die bulgarische Bevölkerung vor der vollständigen Ausrottung retten und durch ihre Intervention die ottomanische Regierung bestimmen, ihre Mobilisierungsvorkehrungen, sowie die in Abwehr der vorstehenden Haltung der bulgarischen Regierung in keiner Weise gerechtfertigten Maßregeln militärischer Konzentrierung rückgängig zu machen. Dieser Schritt sei ein neuer Beweis der loyalen Gefügung der bulgarischen Regierung, sowie ihres Entschlusses, alles zu vermeiden, was den Frieden bedrohen könnte. Sollte jedoch Bulgarien keine bestimmte Zusicherungen erhalten, welche seine Befürchtungen gegen das gegenwärtige Vorgehen in der Türkei zerstreuen könnten, so würde es sich gezwungen sehen, die notwendigen Maßregeln zu treffen, um für jede Eventualität vorbereitet und gegen jede Überraschung geschützt zu sein.

#### China.

— Tschangtschitung ist bemüht, die fremden Gesandten zu veranlassen, ihren Einfluss aufzuwenden, damit im Zusammenwirken mit dem Prinzen Tsching die Ablehnung der russischen Vorschläge wegen der Räumung der Mandchurie sichergestellt werde. Man fürchtet, daß Prinz Tsching die Vorschläge Russlands annehmen wird, wenn nicht ein auf ihn geübter Druck erfolgen sollte. Der japanische Gesandte hat bei dem Prinzen bereits Vorstellungen gegen eine Annahme der Vorschläge erhoben. Der amerikanische Gesandte Conger und Prinz Tsching sind übereingekommen, daß an Stelle von Tatingtau, Antung als Hafen am Jalufluß dem fremden Handel geöffnet werde, da die Berichte der Marine-Experten ergeben, daß Antung der bessere Hafen ist.

#### Aus Stadt und Land.

Dresden, den 16. September 1903.

\* So. Maj. der König unternahm heute mit einigen Herren einen Jagdausflug nach dem Schandauer Forstrevier und begab sich hierzu heute früh mit Zug 7.00 Uhr von Pirna nach Schandau. Die Rückfahrt nach Schloß Pillnitz wird heute abend erfolgen.

\* Im katholischen Bürgerverein hielt Mittwoch abend Herr Kaplan Hain einen kurzen Vortrag über einen Besuch im Benediktinerkloster Emaus bei Prag. Er schilderte das Kloster im Speziellen, das Leben und tägliche Arbeiten in einem Benediktinerkloster im weiteren. Leider war der Besuch im Bürgerverein ein mäßiger. Man sollte doch meinen, daß bei der jüngsten „höchst angenehmen“ Witterung die sommerlichen Abendspaziergänge allmählig mit einem Glückschein im Bürgerverein ganz gut vertauscht werden könnten. Hoffen wir das Beste — sowohl daß noch ein schöner Herbst, wie daß der Besuch des Bürgervereins ein recht reger wird.

\* Konfessionelle Haustrechtsmoral. Die „Chemnitzer Allgem. Blg.“ berichtet, daß der aus dem Wreschener Schulprozeß bekannte Kreisschulinspektor Winter nach Dels als Seminaroberlehrer verachtet werden sei, erwähnt, daß politische Blätter das als eine Strafeversetzung ansiehen und fährt fort: „Protestantische Blätter dagegen machen darauf aufmerksam, daß die Wreschener Versetzung ganz in das System passe: Straßburger Fakultät, Trierer Bischofsstieg, Villowisches „Ignorieren“ in Sachen des Ablaufkrames von 1517 usw. usw. Zentrum ist nun einmal Triumph in Preußen — und auch noch anderswo im Reiche.“ Es ist — mild gesagt — eine Überhebung der „Allg. Blg.“, so allgemeinhin von „protestantischen“ Blättern zu reden. Sie will damit ihre Leser irreführen, als seien alle protestantischen Zeitungen gegen so katholiken- und lutherischen, wie sie selbst beweisen, ihre Hintermänner. Das ist Gott sei Dank nicht wahr. Sehr viele protestantische Blätter haben sich einen offenen Blick und gerechten Sinn bewahrt. Wodurch? Weil sie sich nicht mit Fanatismus gegen Rom — benebeln. Ein klein wenig hofneidisch müssen wir uns Chemnitzer allerlei Freuden nun doch, wenn wir auch betrübt uns voraussehen: Hopfen und Malz verloren! 1. „Straßburger Fakultät“. Die Errichtung derselben soll in das jüngste deutsche Regierungs-System passen, ein Resultat davon sein, daß „Zentrum Triumph“ ist, also eine Ungerechtigkeit gegen Andersgläubige. Einen anderen Sinn kann man der Zusammenstellung der „Allgemeinen“ gar nicht geben. Antwort: Elsass-Lothringen hat 1 300 000 katholische und 350 000 protestantische Einwohner. In dieser zu  $\frac{1}{3}$  katholischen Doppelprovinz haben die Protestanten schon längst eine protestantisch-theo-

logische Fakultät an der Universität zu Straßburg, die Katholiken erlangen erst jetzt eine katholisch-theologische Fakultät. Und da hat die „Allgemeine“ die Stirn, die endliche Errichtung dieser katholisch-theologischen Fakultät zu verdächtigen, als sei sie eine „systematische“ Begünstigung der Katholiken seitens der Reichsregierung. Dafür, daß die Reichsregierung nur ihrer paritätischen Pflicht gerecht wird, wenn sie im katholischen Reichsland den Katholiken zugestellt, was dort den Protestanten längst gewährt war, dafür hat jenes Blatt offenbar gar kein Verständnis. Das ist weder die Moral des Christentums, noch selbst die der Kultur, sondern die Moral des Haftrechts, die sagt: wir wollen so, also ist es unser Recht, andere Leute zu unterdrücken. Recht gilt nur für uns. 2. „Trierer Bischofsstieg“. Trier hat 36 800 katholische und 5880 protestantische Einwohner. In dieser fast ganz katholischen Stadt hat der Bischof weiter nichts erreicht, als daß an der höheren Mädchenmultanschule die katholischen Mädchen bezüglich ihrer Konfession nicht schlechter weggelassen, als die nichtkatholischen. Da tat der Bischof recht, zu fordern, und die preußische Regierung tat recht, zu bewilligen; das verlangt die Gerechtigkeit. Die „Allgemeine“ freilich versteht so etwas nicht, sie bleibt bei der Haftrechtsmoral. 3. „Villowisches Ignorieren usw.“ Die „Deutsche Literaturzeitung“, der man Unbekanntheit mit dem preußischen historischen Institut in Rom nicht nachsagen kann, erklärt: „Es gehört das angeblich vom Reichskanzler empfohlene „Ignorieren“ (bezüglich des Ablaufkrames) in das Gebiet der freien Erfindung.“ Das wird die „Allgemeine“ natürlich nicht abhalten, mit der Geschichte weiter zu hausieren. — Soeben lesen wir in Nr. 216 der „Chemnitzer Allg. Blg.“ vom 17. September: „Was die „Deutsche Literaturzeitung“ vorbringt, mag stimmen, es schließt aber nicht aus, daß Schulte doch in einer Beklemmung seines ultramontanen Hergangs sich an den Reichskanzler gewendet und dieser die belastete Weisung erteilt haben kann.“ — „Kann“ ist sehr gut; also stott drauf los verächtigt. Wenn die Hintermänner der „Allg. Blg.“ so fortfahren, könnten sie die „Wartburg“ einfach in Chemnitz drucken lassen. Ob man wohl ein ständiges Präsidium des preußischen Oberkirchenrats in der evangelischen Kirchenvereinigung deshalb fürchtet, weil dieses den Kanzler- und Kaiserherrn auf die Plätze schießen könnte? (NB. Eben lesen wir, daß selbst der Gewährsmann der „Saalezeitg.“ das „Ignorieren“ nicht mehr aufrecht erhält, wenn er auch Aussichts macht. Die „Allgemeine“ mag das Nähere im „Leipz. Tagebl.“ vom 17. d. M. und anderwärts nachlesen. Wir bemerken aber ausdrücklich, daß die „Allgemeine“ die „Saalezeitung“ noch nicht in der Hand hatte, als sie das „Kann“ schrieb.)

\* Polizeibericht. Auf der Wasserstraße starzte gestern nachmittag ein Schlosserlehrling von der zum Einschlagen von Gardinenhalen benötigten Leiter und zog sich einen Unterhosenbruch zu.

Lanenstein. Stadtkonkretär Reiner von hier ist wegen Unterschlagung von 40 000 M. zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Leipzig. Ein kleines Geschäft haben die Unternehmer mit der Riesen-Tribüne auf dem Paradeplatz bei Lindenthal gemacht. Die „Leipz. Gerichtszeitg.“ macht darüber folgende interessante Mitteilungen: „Erbauer der Tribüne waren die Herren Deinhard & Harting in Wiesbaden, die den Bau derartiger Tribünen schon seit langen Jahren betreiben und z. B. auch die Tribünen zu den Kaiserparaden in Ziehain, Erfurt usw. errichten ließen. Der Bau der Tribüne war Herrn Zimmermeister Steib in L. Lindenau übertragen worden. Die Kosten beliefen sich für die Tribüne auf 25 000 M. und für die Einweihung auf 3000 M. Die Tribüne hatte 11 900 Sitzplätze, daneben war noch Raum für 8000 Stehplätze. Den Verkauf der Plätze hatte die hiesige Firma Bündram & Küntzel in der Schillerstraße übernommen. Verkauft wurden 11 000 Sitzplätze und sämtliche Stehplätze. Der Erlös für die letzteren betrug 8000 M. (jeder Platz 1 M.), der Erlös für die Sitzplätze 88 000 M. (durchschnittlich 8 M. pro Platz), zusammen also 96 000 M. Rechnet man hierzu obige 28 000 M. für Herstellung der Tribüne und noch weitere 18 000 M. für Unkosten ab, so verbleibt den Unternehmern ein Reingewinn von 50 000 M.“ — Ob diese Zahlen richtig sind, müssen wir dem Leipziger Blatt überlassen.

Rohrwein. In Eydorf hat ein Heiratschwundler einer Witwe über 4000 M. in Wertpapieren abgedwaut. Der Mensch wurde aber rechtzeitig dingfest gemacht und fast alles Geld gerettet. Der Betrüger ist ein Väster aus Schlesien.

Freiberg. Der Besuch der Bergakademie betrug nach dem Programm im Studienjahr 1902/03: 471 gegen 466 im Vorjahr. Von diesen 471 Besuchern waren 196 Nichtdeutsche. Der Diplomprüfung unterwarfen sich 1902 für das Fach eines Bergingenieurs 29 Besucher, eines Marktschäfers 18 Besucher, eines Hütteningenieurs 7 Besucher und eines Eiseningenieurs 8 Besucher.

Annaberg. Auf Wildenauer Flur kam ein Jäger zu Hause, wobei sein Gewehr losging und die Schrotladung einen Mitbeteiligten aus Wieja schwer verletzte.

Königshain. Zum ersten Male unternahmen in diesem Jahre die Kinder der hiesigen Schule unter Aufsicht ihrer Herren Lehrer und begleitet von einer größeren Anzahl erwachsener Angehörigen Schulausflüsse. Den Beginn machten am Mittwoch, dem 9. d. M., die unteren zwei Klassen. Die 4. Klasse mit Herrn Lehrer Reimer marschierte in die benachbarten böhmischen Dörfer Jahn und Engelsdorf, während die 3. Klasse unter Herrn Kantor Reime die Eisenbahn benutzte zu einem Besuch der Landeskron und Görlitz. Es folgte dann am vergangenen Dienstag die 2. Klasse des Herrn Reime mit einer Fahrt per Leiterwagen nach Friedland und dem Wallfahrtsorte Haindorf; ein Besuch des benachbarten Dorfes Liebwerda mühle des regnerischen Wetters wegen unterblieben. Eine sehr stramme Partie leistete sich die 1. Klasse unter Führung des Herrn Reime am vergangenen Montag. Es wurde früh 5 Uhr abmarschiert und sodann die Eisenbahn von Ruhendorf bis Johnsdorf benutzt. Hier begann die Fußwanderung, die sich ausdehnte über die Ronnenberge, Lausche, Tollenstein, Lannenberg, Tanendorf, Kreuzberg nach Georgenthal, wo die lebensfrohe Reisegeellschaft (40 Personen) gegen 1/2 Uhr

abends eintraf. Über Wunsdorf und Zittau ging es nach Hause. „Diese Partie vergeßen wir zeitlängst nicht“, das war das Urteil aller Teilnehmer, die trotz der Marschleistungen sämtlich wohlau in dem Heim anlangten. Den Kinderfreunden von Königshain, die durch freiwillige Spenden diese Ausflüge ermöglichten, sei auch hierdurch der herzlichste Dank von Lehrern und Schülern zum Ausdruck gebracht.

#### Vermischtes.

v Scherers Glück und Ende. Dem Scherer geht's schlecht, göttserbärmlich schlecht. Gelber Wochenstift, kann er jetzt nur mehr alle halbe Monate erscheinen. In Tirol hat er bereits ausgespielt. Schon längere Zeit mußte er in Linz gedruckt werden, jetzt läuftet auch die Redaktion dorthin. Wenn er auch Linz oder Linz ihm fällt haben wird, ist nur eine Frage der Zeit.

v Gegen das Papstium wird von antikatholischen Blättern, z. B. „Über. Blg.“ Nr. 226, „Merseburger Korresp.“ Nr. 191, gelegentlich des 400. Jahrestags des Todes Papst Alexander VI. († 18. Aug. 1503) kräftig gehegt. Dabei stellt man sich auf den Geschichtsverräuber Ranke. Keinem katholischen Historiker fällt es ein, Alexander VI., der ja dogmatisch keinen Verstoß begangen hat, auch moralisch reiten zu wollen. Wenn jedoch „antiklerikale“ Blätter nach Ranke und vielen anderen protestantischen Geschichtsschreibern behaupten, Alexander VI. sei, an dem Gifte, mit dem er einen andern (angeblich „einen der reichsten Kardinale“) hätte umbringen wollen, selbst gestorben, so hat die neuere Forschung mit Evidenz nachgewiesen, daß der Papst am römischen Fleber starb. (S. Pastor, Gesch. der Päpste, III. Bd.)

#### Telegramme.

(Wolfs Telegraphenbüro.)

Schirgiswalde, 17. September. Ein frecher Kirchenbruch ist hier geschehen. Morgen näheres.

Dedenburg, 16. September. Die Meldung von einer angeblichen Revolte des 18. Infanterieregiments, wobei 87 Mann verhaftet worden seien, sowie von einer Defektion von 40 Mann wird dem Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureau als vollständig unwahr bezeichnet.

Chlipy, 16. September. Sohn Franz Josef trat heute nachmittag, nachdem das Kavalleriemander beendet war, mit den Erzherzögen Franz Ferdinand und Franz Salvator unter begeisterten Kundgebungen der Bevölkerung die Rückreise nach Wien an.

Mohacs, 16. September. Seine Majestät der deutsche Kaiser begab sich heute früh 3 Uhr auf die Pirsch und arbeitete dann bis zum Frühstück. Nachmittags 5 Uhr ging der Kaiser abermals auf die Pirsch im Revier Karapsa, wohin er sich morgen früh zum letzten Male begeben wird. Morgen nachmittag wird der Kaiser das Volksfest in Weida besuchen und abends nach Wien abreisen.

London, 16. September. Dem „Daily Chronicle“ zufolge hat die Regierung beschlossen, in Konstantinopel Vorsitzungen behufs Beendigung der Revolten in Mazedonien zu machen. Den Vorsitzungen soll durch Entsendung eines britischen Geschwaders Nachdruck verliehen werden.

Sofia, 16. September. (Meldung der „Agence Bulgar.“) Die Einzelheiten über die Tag für Tag von türkischen Truppen begangenen Grausamkeiten übersteigen jede Vorstellung, und es herrscht allgemein die Ansicht, daß es in Mazedonien und der Stadt Adrianopel bald keine christliche Bevölkerung mehr geben wird. (Bulgarische Meldung.)

Konstantinopel, 16. September. Die Nachricht von Ausschreitungen gegen die russischen Klöster in Jerusalem steht falsch zu sein. Weder die Porten noch die Botschaften erhielten hierauf bezügliche Meldungen.

Konstantinopel, 16. September. (Meldung des Wiener K. K. Korresp. Bure.) Nach Nachrichten aus dem Sandzschak Karditscha beginnt dort seit dem Abmarsch des albanischen Redoubataillons Ruhe einzutreten. Die Geschäfte sind wieder geöffnet und die Lokalbehörden sind bemüht, das in den Dörfern geraubte Eigentum den Besitzern wieder zu verschaffen. In dem von Bulgaren und Griechen bewohnten Dorf Echarion wurden die griechischen Einwohner von einer Militärabteilung aufgefordert, das Dorf zu verlassen, da es als kompromittiert anzusehen und verbrannt werden müsse. Die Einwohnerlichkeit leistete der Aufforderung Folge; inzwischen war aber Gewehrschützen eröffnet, bei dem 15 Griechen ums Leben kamen. Eine entsprechende Be schwerde ist dem griechischen Bischof, sowie dem Konularkorps in Adrianopel zugegangen. Auch andere Dörfer sind von dem gleichen Schicksal von Seiten der Truppen und der Aschikozuka bedroht.

Baku, 15. September. Hier haben Urruten begonnen wegen Übergabe des armenischen Kirchenvermögens. Zur Unterdrückung der Urruten wurde Militär requirierte, welches auf Armenier, die sich mit Revolvern und Steinen bewaffnet im Kirchhof bei der armenischen Kathedrale und in der anliegenden Straße zusammengetroffen hatten, schoss. 20 Personen, die sich an der Kundgebung beteiligten, wurden verwundet, davon sind drei gestorben. Ein Matrose wurde getötet.

Rio de Janeiro, 16. September. Die Pest, welche in den letzten Jahren erwiesenermaßen hier niemals gänzlich erloschen war, tritt neuerdings in etwas verstärktem Maße auf. Einige vereinzelte Todesfälle sind vorgekommen. Gegen 60 Personen werden im Krankenhaus behandelt. Strenge Maßregeln gegen die Weiterverbreitung der Pest sind getroffen worden.

#### Theater, Kunst und Wissenschaft.

! Meldung aus dem Bureau der Königl. Hoftheater. Am Königl. Opernhaus geht nach längerer Pause die dreiläufige italienische Oper „Der Postillon von Loujouen“ von Adolph Adam in Szene. Die Partie des Postillon Chapelon singt hier zum ersten Mal Herr Würtele. Die übrigen Hauptrollen sind wie folgt besetzt: Magdalene: Fr. Ehndorff; Moïse: Fr. v. d. Osten (zum 1. Mal); Bijou: Herr Greder (zum 1. Mal); von Torch: Herr Erl.

! Der Fremdenführer. Eine Operette nennt sich diese Partie mit Gesang, die im Residenztheater gegeben wird. Wir anerkennen an ihr voll und ganz, daß eine Anzahl schöner Melodien das Werk durchziehen, welche der bekannte Wiener Komponist Ziehrer uns

bietet. Es gibt freilich darunter so manchen Anfang anheimelnde Weisen, aber es ist ein schöner Blumenstrauß, den uns da geboten wird. Was uns die beiden Compagnons Krenn und Lindau reichen, ist um so minderwertiger. Eine Anzahl Szenen werden lose zusammengehalten, eine einheitliche Handlung wird man nur dürtig gewähren. Der lokale Ton, welchen Herr Kurt Müller einführt, vermag uns nicht in die Illusion zu wiegen, daß Dresden der Ort der Handlung sei. Selbst der Hintergrund und die lokal geschriften Couplets tun ohne den Dialekt nur schlecht ihre Wirkung. Gespielt wurde sehr gut. Die Herren Regel, Görlitz, Kreise, Bayer und Oberleit taten ihre Schuldigkeit. Unangenehm ist es für Schauspieler, wenn sie Couplets singen müssen, ohne dazu prädestiniert zu sein. Trotzdem ernste Herr Kreise starke Beifall. Herr Werk stand sich in seiner Rolle etwas verlegen, er sang im Duett unverständlich, aber sein Couplet im zweiten Akt zeigte eine gute Begabung, wenn lästige Schulung vorausgeht. Unsere beliebte Soubrette, Hel. Schwedler, sang reizend. Die Damen v. Suppö und Martinis zeigten erfreuliches Talent. Das Zusammenspiel war gut, die Regie sorgfältig. Keine Würde hatte die Direction geschenkt, um das Stück mit Würze auszustatten. Es wurde daher auch sehr viel gelacht und applaudiert.

Der Lehmann-Lsten-Chor veranstaltet im kommenden Winter zwei Kirchenkonzerte und eine Chor-Sonate im Konzertsaale unter hervorragender Mitwirkung. Die Proben finden jeden Freitag von 1/2 — 1/2 Uhr statt. Anmeldungen werden täglich in Görlichs Musikschule, Walpurgisstraße 18, entgegengenommen, wofür auch "Sagungen für die aktiven und passiven Mitglieder" zu haben sind und Auskunft kostlos erteilt wird.

Gesetzlicher Rat Dr. Brugier, Pfarrschorfarrer in Konstanz, ist im 75. Lebensjahr am Sonntag gestorben. Der Verstorbene war am 18. August 1829 zu Laubereichshof geboren und in der größeren Öffentlichkeit durch seine Geschichte der deutschen

National-Literatur bekannt, welche 1865 erstmalig erschien und seitdem 9 Auflagen erlebte. Außerdem verfasste er liturgische Erklärungen der heiligen Messe (10. Auflage 1893), des Kindes Weißbuch (5. Auflage 1888), eine Kurzgeschichte Poetik und eine Schrift über das 900-jährige Jubiläum des Konstanzer Konzils besonders verehrt.

beischreibt heiligste? Die Worte des Dichters: „Ehr' auch fremden Glauben“ gelten an erster Stelle dem Lehrer.

—ie.

### Milde Gaben.

Für den Presbypsonds: 5 Mt. von Hel. Anna Kubitsch. Für die Kirchen zu Dorf, Chemnitz, Wurzen, Oppelsdorf und für den Schulbau in Oelsnitz je 14 Mt. von der Marienkasse des wendischen Seminars in Brixen, in Summa 70 Mt. Für den Kirchenbau in Riesa a. E. sind eingegangen von: Kloster Marienkasten 20 Mt. Uingen, Augsburg 1 Mt., Kath. Pfarramt Marienkirche 3 Kronen, Frau verm. Wagner, Dresden 5 Mt., Herr Lazarus Wolf, Glas 3 Mt., H. Präses Schleiner, Döslach 1 Mt., H. Werkmeister, Ulrichsberg, Chemnitz 10 Mt., H. Jul. Bergmann, Cörrig 2 Mt., Uingen 100 Mt., H. Kaplan Hirschthal, Greiz 3 Mt., Frau Geh. Rat v. Gellhorn, Liegnitz 5 Mt., vom Stadtklub Meissen 50 Pfg. „Bergel's Gott!“

### Spielplan der Theater in Dresden.

Königl. Opernhaus.  
Freitag: „Der Votivillon von Bonjameau.“ Anfang 1/2 Uhr.

Sonnabend: „Siegfried.“ Anfang 6 Uhr.

Königl. Schauspielhaus.

Freitag: „Das große Geheimnis.“ Anfang 1/2 Uhr.

Sonnabend: „Demetrios.“ „Der eingebildete Kraut.“ Anfang 1/2 Uhr.

### Theater in Leipzig.

Neues Theater. Freitag: „Wandhart.“ Anfang 7 Uhr.

Altes Theater. „Das Tal des Lebens.“ Anfang 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. „Das große Licht.“ Anfang 7 1/2 Uhr.

Beispiel: „Die Freiheit.“

Tragödien: „Schicksal.“

Beispiel: „Die Freiheit.“

Beispiel: „